

Beschlussvorlage - öffentlich -

Beratungsfolge:

Ausschuss für Kinder- und
Jugendhilfeangelegenheiten

Drucksachen-Nr.: 2015/119/1

am 13.10.2015 TOP:

Einbindung von Kindern und Jugendlichen in kommunale Entwicklungsprozesse

Beschlussvorschlag:

Die in der Drucksache 2015/119/1 beschriebenen Maßnahmen sollen auch über das Jahr 2015 hinaus durchgeführt werden. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die hierfür erforderlichen Ressourcen im Rahmen des Haushaltsplans 2016 zur Verfügung zu stellen.

Sachverhalt:

Am 30.06.2014 endete die 8. Wahlperiode des Laatzenener Jugendparlaments. Eine Neuwahl hat nicht stattgefunden. In den letzten Jahren des seit 1997 bestehenden Jugendparlaments musste festgestellt werden, dass das Interesse von Jugendlichen an dieser Art der Gremienarbeit stark abgenommen hat. Insbesondere unterschiedliche Interessen und der erforderliche Zeitaufwand halten Jugendliche immer häufiger von einer Kandidatur ab. So ist es in den vergangenen Jahren zunehmend schwieriger geworden, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für das Jugendparlament zu finden und über den Zeitraum der Wahlperiode zu halten.

Am 05.03.2015 lud der Bürgermeister deshalb zu einer „Auftaktveranstaltung zur Neuausrichtung der Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen an kommunalen Entwicklungsprozessen“ in das Rathaus ein. Die 74 Teilnehmenden aus Jugendeinrichtungen, Schulen, Vereinen, Kirchen, Feuerwehr, Politik, Seniorenbeirat und Verwaltung machten deutlich, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wichtig und wünschenswert ist. Junge Laatzenenerinnen und Laatzenener wollen und sollen beteiligt und gefragt werden. Sie wollen mitreden! - Aber nicht immer und nicht zu jedem Thema. Das spiegelt einen bereits länger währenden Trend wieder.

Vorlage gefertigt von	SV Team	Mitzeichnung andere Teams	EStr	BGM
Diktatz.: 50 Schr				

Das politische Desinteresse von Jugendlichen wird vielfach beklagt. Tatsächlich halten sie sich von institutionalisierter Politik fern, stellen aber z. B. in Vereinen oder Schulen eine Menge auf die Beine.

Es bedarf also einer neuen Strategie zur Jugendbeteiligung ohne starre, auf Wahlen basierende Strukturen, mit der flexibel auf sich verändernde Bedarfe eingegangen werden kann.

Noch in diesem Jahr sollen Kinder und Jugendliche über unterschiedliche Kanäle angesprochen und so auf Beteiligungsmöglichkeiten und politische Entscheidungsstrukturen aufmerksam und neugierig gemacht werden:

- In Anlehnung an das Bürgerpanel wird nach den Herbstferien eine Jugendbefragung in den weiterführenden Schulen stattfinden. Die Befragungsergebnisse werden anschließend veröffentlicht.
- Das Planspiel zur Ratsarbeit „Pimp Your Town!“ des Vereins „Politik zum Anfassen e. V.“ wird ebenfalls nach den Herbstferien stattfinden. Schülerinnen und Schüler lernen hier spielerisch politische und gesellschaftliche Entwicklungsprozesse kennen und mitzugestalten. Die Finanzierung erfolgt zu 90 % aus Landesmitteln.
- Unter der Überschrift „Auf ein Wort“ lädt der Bürgermeister am 27. Oktober interessierte Jugendliche ab der 7. Klasse zu einem Frühstück ins Rathaus ein. Im lockeren Rahmen können sich hier beide Seiten themenoffen austauschen.
- Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ will der Verein Jukus e. V. über Kunst zu Demokratie - Jugendliche und Politiker gestalten gemeinsam eine Sozialplastik und kommen so ungezwungen ins Gespräch.

Diese Angebote sollen 2016 ff. weitergeführt und erweitert werden. Es ist beabsichtigt, dass die Stadt Laatzten mindestens einmal im Jahr ein Jugendhearing zu zuvor definierten Themen veranstaltet, zu dem alle interessierten Jugendlichen offen eingeladen werden. Ferner ist beabsichtigt, bedarfsorientiert themenbezogene Hearings zur Meinungsbildung durchzuführen, bei denen alle anwesenden Jugendlichen stimmberechtigt sind.

Die Stadt Laatzten entwickelt eine vielfältige „Strategie zur Jugendbeteiligung“. Parallel zur Umsetzung soll diese laufend ausgewertet, den Bedürfnissen der Zielgruppe und den strukturellen und medialen Gegebenheiten angepasst und weiterentwickelt werden.

Mit einer vielfältigen Beteiligungsstrategie soll erreicht werden, dass Kinder und Jugendliche gehört werden. Gleichzeitig sollen kommunalpolitische Strukturen transparent vermittelt werden. In diesen manchmal langwierigen Prozessen müssen die jungen Menschen außerdem intensiv begleitet und motiviert werden.

Innerhalb der Stadtverwaltung ist diese Aufgabe im Kinder- und Jugendbüro verortet. Unter Betrachtung ähnlicher kommunaler Beteiligungsformen und der Berücksichtigung vergangener Erfahrungen nach denen zur Betreuung des Laatzener Jugendparlaments ein Stundenkontingent von bis zu 20 WStd. aufgewandt wurde, werden für die zielführende Umsetzung der Jugendbeteiligungsstrategie zusätzliche Personalressourcen von 19,5 WStd. veranschlagt.

Im Auftrag

Stefan Zeilinger